



Rohstoffpartnerschaft mit Peru abgeschlossen

Rohstoffpartnerschaft mit Peru abgeschlossen
Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Peru, vertreten durch den peruanischen Außenminister Gonzalo Gutiérrez Reinel, haben heute in Berlin ein Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich unterzeichnet. Peru ist eines der rohstoffreichen Länder Südamerikas, der Bergbau ist eine wichtige wirtschaftliche Säule des Landes. Der Bergbau schafft jedoch auch erhebliche ökologische und soziale Probleme. Bundeswirtschaftsminister Gabriel erklärte hierzu: "Peru ist das dritte Land, mit dem Deutschland ein Rohstoffabkommen schließt. Es bildet den politischen Rahmen für einen regelmäßigen Dialog zu Rohstoffthemen. Durch die Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen können Potenziale zum beiderseitigen Nutzen erschlossen werden. Deutsche Unternehmen können z. B. in den Bereichen Umwelt- und Wassermanagement, Ressourceneffizienz oder bei der Rekultivierung stillgelegter Bergwerke innovative Lösungen anbieten." Bundesaußenminister Steinmeier erklärte hierzu: "Mit der Rohstoffpartnerschaft wollen wir Peru bei der Bewältigung seiner Herausforderungen unterstützen. Die Einhaltung von Menschenrechten, der Schutz der indigenen Bevölkerung und die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards sind wesentliche Elemente des Abkommens. Zugleich bietet die Zusammenarbeit Chancen für die nachhaltige Rohstoffsicherung Deutschlands." Peru beteiligt sich bereits konstruktiv an den Bemühungen für verbesserte internationale Governance und Transparenz im Bereich der Rohstoffe. Das Abkommen bekräftigt international anerkannte Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Maßnahmen zur Verbesserung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie zur umwelt- und sozialverträglichen Ausgestaltung des peruanischen Rohstoffsektors werden verbindlich verankert. Bei metallischen Rohstoffen wie Silber und Kupfer gehört Peru zu den führenden Produzenten. Der Bergbau trägt rund 15 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei und erwirtschaftet mehr als die Hälfte der Exporterlöse. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) Scharnhorststr. 34-37 11019 Berlin Deutschland
Telefon: 030 18 615-6121
Telefax: 030 18 615-7020
Mail: pressestelle@bmwi.bund.de
URL: <http://www.bmwi.de> 

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden: Bundeskartellamt Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Bundesagentur für Außenwirtschaft Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung Physikalisch-Technische Bundesanstalt Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe